

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
••••• der Freien Stadt Danzig •••••  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 6.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 238

Mittwoch, den 12. Oktober 1921

12. Jahrgang

## Die Verschärfung Oberschlesiens.

Genf, 11. Okt. (WZB.) Nach rein privaten Informationen kann kaum mehr ein Zweifel darüber bestehen, daß der Völkerrundrat tatsächlich die Teilung Oberschlesiens, und zwar auch des Industriegebiets, beschlossen hat. Es verläuft mit Bestimmtheit, daß die Grenze ein Kompromiß zwischen den beiden Sforza-Linien darstellt. Danach sollen an Polen fallen: Rybnik, Pleß, der in den Kreis Pleß hineinragende Südzügel des Kreises Hindenburg, Kattowitz Stadt und Land, der Ostteil des Landkreises Beuthen ohne die Stadt, und Teile der Kreise Larnowitz und Lublitz ohne die Städte. Was die reindeutsche Stadt Königschüttel betrifft, so wird von einer für Polen günstigen Lösung gesprochen. Von den Mitgliedern des Völkerrundrates wird jede Auskunft über die Grenzlinie verweigert.

Diese und die weiter vorliegenden Nachrichten lassen ernstlich damit rechnen, daß sich der Völkerrundrat in seiner Entscheidung für eine Teilung Oberschlesiens ausgesprochen wird, und zwar in der Form, daß das Industriegebiet der Verwaltung einer besonderen Kommission unterstellt werden soll. Nur über die Zusammensetzung der Kommission herrschen noch Meinungsverschiedenheiten. Die einen wollen eine internationale Kommission mit deutschen und polnischen Mitgliedern, die anderen eine Völkerrundratskommission, die dem Generalsekretariat unterstehen würde. Nach einer neu aufgetauchten Meldung soll diese Lösung in Genf nicht als endgültig angesehen werden, sondern auf die vorläufige Dauer von etwa 10 Jahren beschränkt werden.

Es ist erklärlich, daß diese Pläne eine große Erregung in Deutschland auslösen da eine solche Lösung die schwersten wirtschaftlichen und politischen Gefahren mit sich bringt. Diese Neutralisierung des Industriegebietes würde den Keim zu ununterbrochenen Differenzen legen und aus Oberschlesien einen zweiten Balkan machen.

Die deutsche Republik hat das Recht, einen Spruch der Gerechtigkeit über Oberschlesien zu fordern. Das ober-schlesische Volk ist gefragt worden, ob Oberschlesien zu Deutschland oder zu Polen gehören solle. Es hat sich mit mehr als Dreifünftelmehrheit für Deutschland entschieden. Mehrheitswille ist das einzige Gesetz der Demokratie. Aber unter ehrlichen Menschen ist darüber hinaus nicht der mindeste Streit, daß weder die deutsche Mehrheit noch die polnische Minderheit eine Teilung und Zerstückung Oberschlesiens gewollt haben. Genau so wenig wie die echte Mutter vor Salomo das strittige Kind halbieren wissen wollte. Wenn der Völkerrundrat zweifelt, so mag er ruhig Oberschlesien noch einmal abstimmen lassen, ob das Land zusammenbleiben oder geteilt werden soll. Eine überwältigende Majorität von mindestens 90 Prozent würde antworten: unter keinen Umständen Teilung. Das ist der klare Wille des ober-schlesischen Volkes, und jeder Spruch des Völkerrundrates und des Obersten Rates, der ihm nicht gerecht wird, ist eine brutale Vergewaltigung und schändliche Verletzung des Friedensvertrages.

Das Reichskabinett ist gestern Abend nach einer kurzen Sitzung wieder auseinandergegangen, da ihm authentische Nachrichten über das Schicksal Oberschlesiens nicht vorlagen. Das Kabinett wird heute Vormittag 9 Uhr zu einer neuen Sitzung aufammentreten.

Sämtliche Berliner Morgenblätter sehen die durch die bisher aus Genf eingetroffenen Nachrichten in Deutschland geschaffene Lage als äußerst kritisch an. Die „Vossische Zeitung“ erklärt, daß die Entscheidung des Völkerrundrates, wenn sie auch nur annähernd zu ausfallen sollte, wie es die heutigen Meldungen befürchten lassen, keineswegs von Deutschland widerspruchslos angenommen werden dürfte. Eine solche Entscheidung wäre kein Datum auf Grund der Abstimmung, sondern vielmehr eine willkürliche Phantasterei, deren Gutheißung weder ein deutsches Kabinett aussprechen könnte noch überhaupt politisch ernst zu nehmenden Männern zuzumuten wäre. Einer solchen Entscheidung zu weichen, hätte das Kabinett um so weniger nötig, als der Reichstag zweifellos einmütig dem selbstverständlichen Vorschlag des Kabinetts zustimmen würde, der Entente gegenüber die Entscheidung als unannehmbar zu beanstanden. Es heißt, daß das Kabinett fest entschlossen sei, zurückzutreten, wenn die Entscheidung so ausfalle, wie es im Augenblick der Fall sein hat.

## Polnische Verheißungen.

### Schweden und die Zukunft Oberschlesiens.

Der preussische Handelsminister Fischer hat gestern eine Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Schwedischen Telegrammbureaus“. Minister Fischer kam dabei auf die Beziehungen Oberschlesiens zu Schweden zu sprechen und führte dabei u. a. aus:

„Nach einem Bericht der Warschauer „Koczpospolita“ hat Herr Trampczynski bei einem Essen, das zu Ehren der nordischen Journalisten in Warschau stattfand, erklärt, daß, im Falle einer für Polen günstigen Entscheidung in der ober-schlesischen Frage, Polen den Schweden auf dem Wasserwege Kohlen verschaffen könnte, wozu Deutschland bei seinem Flußwegsystem nicht imstande wäre.“

Ich kann mir kaum vorstellen, daß Herr Trampczynski als Vertreter der polnischen Regierung eine derart irreführende Äußerung getan hat; denn die einzig mögliche Wasserstraße für den Kohlenabfuhr und die Erzeugung Oberschlesiens, die Oder, führt durch deutsches Gebiet. Den hauptsächlichsten Verkehr auf der Weichsel abzulenkeln, ist undurchführbar. Es ist ausgeschlossen, daß die Weichsel in absehbarer Zeit so ausgebaut werden kann, daß sie Schiffe von 400—600 T. Tragfähigkeit eine durchgehende Fahrt gestattet. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß der Wasserweg auf der Weichsel von Oberschlesien bis Danzig erheblich länger ist als derjenige von Oberschlesien über die Oder. Die Transportkosten auf der Weichsel würden eine Höhe erreichen, die die Benutzung dieses Weges unwirtschaftlich erscheinen lassen würde. Noch unwirtschaftlicher — gegenüber der Oderwasserstraße — würde es aber sein, die Transporte nur zwischen der Ostsee und Thorn auf dem Wasserweg, im übrigen aber auf die Eisenbahn zu legen. Der Bahntransport nach Thorn, der Umschlag dort in die Weichsel und der abermalige Umschlag in Danzig auf die Seeschiffe würden den Transport der ober-schlesischen Kohle nach Skandinavien sowie umgekehrt den Bezug schwedischer Erze von dort ganz ungeheuerlich verteuern. Andere Flüsse Polens kommen als Transportwege für Oberschlesien erst recht nicht in Frage.

Die engen wirtschaftlichen Beziehungen, die bisher zwischen Oberschlesien und Schweden bestanden haben, können deshalb nur aufrecht erhalten werden auf dem Wege über die Oder und nur, wenn der ober-schlesische Industriebezirk ungeteilt bei Deutschland verbleibt. Jeder, der mit den wirtschaftlichen Verhältnissen Oberschlesiens einigermaßen vertraut ist, wird mir darin Recht geben, daß eine andere Lösung dieser Schiffs-fahrtsfrage undenkbar ist.“

## Die Lage in Oesterreich.

Die Wiener „Politische Korrespondenz“ verweist auf die trampfachte Erregung, von der die österreichische Bevölkerung seit einigen Tagen befallen ist, die zu über-schätzten Verkäufen führte und betont, daß wohl verschiedene Momente dazu beitragen, diesen Zustand hervor-zurufen, so in erster Linie die verzögerte Kreditaktion, zweitens die Vermittlung in der Burgenlandfrage und endlich allerlei dunkle Gerüchte über Umsturzpläne gegen die bestehende Ordnung. So begreiflich solche Stimmungen sind und so wenig der Ernst der Lage verkannt werden soll, so ist es doch notwendig, daß eine nüchterne Auf-fassung durchdringt. Die Lage Oesterreichs ist gewiß uner-aussichtlich, hoffnungslos ist sie aber nicht. In der Burgenlandfrage ist es die Aufgabe aller, den unersättlichen Rechtsanspruch Oesterreichs trotz allem und alledem aufrecht-zuerhalten. Die Regierung, die im Begriffe steht, dieses Recht mit allen Kräften und vor den Augen ganz Europas zu verteidigen, ermahnt die Öffentlichkeit, ihr das Bewußtsein mit auf den Weg zu geben, daß hinter ihr nicht ein mutloses, sondern ein selbstvertrauendes Volk steht. Auch aus der wirtschaftlichen Krisenstimmung muß Oesterreich den Weg zur wirtschaftlichen Besserung zurückfinden. Die Krone ist allerdings in letzter Zeit im Zusammenhang mit der Ver-zögerung der Kreditaktion in der internationalen Bewertung ge-fallen. Aber die Bevölkerung darf sich nicht an der hierdurch verursachten Erschwerung der Lebenshaltung mit-schuldig machen, sie darf nicht durch Verzweiflungsausbrüche das Sinken der ausländischen und inländischen Kaufkraft un-teres Geldes beschleunigen. Es muß festgestellt werden, daß die Kreditaktion trotz der Verzögerung ihren Fortgang nimmt. Auch ist der Teschatand der Krone wirtschaftlich und politisch vollkommen unbegründet. Es ist nicht wahr, daß der Sturz in den Abgrund unvermeidlich ist. Die Regierung kann der Öffentlichkeit die Ver-sicherung geben, daß sie weit davon entfernt ist, die wirt-schaftliche Lage als aussichtslos zu betrachten. Sie erklärt mit allem Nachdruck, daß Oesterreich gewiß nicht am Ende seiner Hilfsquellen ist, daß sie in ganz kurzer Zeit das Valuta leud bekämpfen wird. Durch Aus-führung des bereits feststehenden Wirtschaftsplanes wird nach und nach die Aufwärtsbewegung sichtbar werden. Auch darüber darf die Bevölkerung beruhigt sein, daß etwaigen Versuchen politischer Wirrköpfe, den Ernst der Lage zu unbeachteten Taten auszunutzen, entgegengetreten

wird und diese von vornherein zum Scheitern verurteilt werden, da die Regierung ihnen von Anfang an entgegen-wirken wird.

## Das unabhängige Versteckspiel.

Das Bemühen der deutschen Sozialdemokratie, die Reichs-regierung durch den Eintritt der Unabhängigen nach links zu erweitern, wird man als gescheitert ansehen müssen. Die Schuld daran trägt in allererster Linie die USP. selbst, die von vornherein nichts Besseres wußte, als sich hinter die bürgerlichen Parteien zu verstecken. Noch einmal hatte sich der sozialdemokratische Parteivorstand an die USP. ge-wandt und dieser mitgeteilt, daß die SPD, auf den Eintritt der USPD in das Kabinett Wirth den größten Wert legt, weil dieses damit eine sichere linksgerichtete parlamentarische Mehrheit erhielt, was vor allem im Hinblick auf die Steuer-politik der nächsten Zukunft und auf die Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen drin-gend geboten erscheint.

Aber auch dieser nochmalige Hinweis auf die im proletar-ischen Interesse liegende Verbreiterung der Regierungsbasis nach links löste bei der USP. keine Geneigtheit aus. Mit der Bemerkung, daß durch die Haltung der bürgerlichen Koalitions-Parteien die Erweiterung der Regierung nach links keine aktuelle Bedeutung habe, wurde dieses nochmalige Ersuchen der SPD. abgetan. Fest steht jedoch, daß bisher eine grundsätzliche Ablehnung der USP.-Mitarbeit von den bürgerlichen Parteien überhaupt nicht ausgesprochen ist. Durch ihre versteckte beharrliche Weigerung hat die USP. sich die Bemühungen der Sozialdemokratie, die Reichsregierung nach links zu erweitern, zum Scheitern verurteilt. Die wiederholte Weigerung der USP. läßt keinen Zweifel darüber, daß ihr die zögernde Haltung der bürgerlichen Parteien recht erwünscht kam, um sich dahinter verbergen zu können. An-statt die Konsequenzen aus der politischen Lage zu ziehen, die im Interesse der Arbeiterschaft liegen, bringt es die USP. auch diesmal noch wieder fertig, einen Teil der Regierungs-gewalt leichtfertig an die Reaktion auszuliefern. Der Ver-antwortung dafür wird sie sich nicht entziehen können.

## Zeichen bestimmender Einsicht.

### Ein Kongreß der Syndikalisten.

In Düsseldorf begann am 9. Oktober der 13. Kongreß der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten). Der früheren Lokalkisten. Unter der Leitung von Frh. Rater-Berlin nahmen an ihm zirka 500 Delegierte teil, außerdem verschiedene Vertreter syndikalistischer und anarchistischer Organisationen aus Holland, Skandinavien, Frankreich und anderen Ländern. In der Eröffnungsansprache führte der geistige Führer der „Unlon“, Rudolf Koller, aus, daß die deutsche Mehrheitssozialdemokratie unlenkbar fest dem letzten Kongreß vor 2 Jahren einen gewaltigen Machtzuwachs er-fahren haben und die herrschendste Arbeiterpartei geworden sei, neben der die USP. und die KPD. nicht ankommen könnten. Die in Rußland mit der unjenseitigen „Diktatur des Proletariats“ gemachte Probe aufs Exempel habe bewiesen, daß die Bestrelung des Proletariats nie auf dem Wege irgendeiner Diktatur geschehen kan. In Rußland habe sich die Diktatur einer Partei zu einer Diktatur weniger Personen entwickelt, zu einer Oligarchie, die neue privilegierte Klassen schafft und naturgemäß den Kapitalis-mus in seine alte Machtposition wieder einsetzt. Roder prophezeite für die nächsten Jahre eine weitere Entwicklung nach rechts, bei der die syndikalistische Bewegung sich auf die Erhaltung und Festigung ihres Einflusses beschrän-ken müsse.

Der Kongreß steht unter dem Zeichen heftiger innerer Kämpfe, die schon in den Debatten über die Tagesordnung sich bemerkbar machten. Der Versuch der KPD., eine „kom-munistische Fraktion“ aus „etwaigen Parteimitgliedern“ unter den Delegierten zu bilden, scheiterte zwar kläglich, aber eine gewisse Gruppe von „Individual-Anarchisten“, die in Pierre Ramus (Großmann-Wien) ihren Führer sieht, findet die jetzige Verfassung der F. A. U. D. und die Berliner Ge-schäfts-kommissionen noch zu autoritär.

## Der italienische Sozialistenkongreß

Ist am Montag in Mailand eröffnet. Nach Begrüßungsreden der Parteileitung und des Mailänder Bürgermeisters sprach ein Vertreter der französischen Kommunistenpartei. Der Franzose forderte mit großer Heftigkeit den Kongreß auf, sich auf den Boden der Moskauer Internationale zu stellen. Als er Turati angreift und den italienischen Sozialismus nennt, doch endlich Revoluzion zu machen, bricht ein Tumult aus, der mit höhnischen Zurufen gemischt ist. Man ruft: „Warum sangt ihr Franzosen nicht selbst mit der Revoluzion an?“ Man hört auch rufen: „Frankreich hat die russische Revolution ermordet.“ Der Garm dauerte längere Zeit an

# Wieder eine Komödie!

Trotzdem die lebenswichtigen wirtschaftlichen Zusammenhänge in der Welt sich von Tag zu Tag mehr verwirren und trotzdem man weiß, daß die Entwirrungen der verhängnisvollen Entwicklungsfäden von einer endlichen vernünftigen Regelung aller Deutschland betreffenden Verhältnisse abhängen, werden die notwendigen entscheidenden Schritte für die Befreiung Deutschlands und damit Europas von der Entente von einem Monat zum andern verschoben. Die einfachsten Begriffe von Recht und von Treu und Glauben werden von den gegenwärtigen Machthabern der europäischen Geschichte rücksichtslos mit Füßen getreten. Der Glaube an die Gerechtigkeit der Sieger im Weltkriege, die von diesen bis zur Ermüdung oft der Welt feierlich verkündet worden ist, besteht nirgends mehr, weder in Deutschland noch in anderen Ländern.

Nach dem Friedensvertrag von Versailles sollte die Zukunft Oberschlesiens, seine staatliche Zugehörigkeit durch eine Volksabstimmung nach dem Willensdruck des ober-schlesischen Volkes selbst entschieden werden. Zu Anfang dieses Jahres hat diese Volksbefragung stattgefunden. Trotzdem unter der Herrschaft des französischen Generals Le Rond und der ausgesprochenen polenfreundlichen französischen Kreiskontrollen den Polen alle Vorteile und den Deutschen alle nur erdenklichen Schwierigkeiten gemacht wurden, trotzdem dem polnischen Terror fast uneingeschränkte Handlungsfreiheit gewährt worden war, trotzdem ein großer Teil der deutschen Wähler mit Hilfe eines raffinierten Wahlreglements an der Stimmabgabe gehindert war, ist eine runde Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht worden, die sich für ein Verbleiben Oberschlesiens beim Deutschen Reich aussprach.

Nach diesem Abstimmungsresultat wäre eine sofortige Lösung der ober-schlesischen Frage zugunsten Deutschlands möglich gewesen. In den anderen Abstimmungsgebieten, in Nord-schleswig und in Ost- und Westpreußen, ist unmittelbar nach der Feststellung des Abstimmungsresultates die inter-alliierte Besatzung und Verwaltung aufgehoben und das betreffende Gebiet der Staatshoheit übergeben worden, zu deren Gunsten die Abstimmung entschieden hat. In Oberschlesien ist anders gehandelt worden.

Die französischen Männer des Herrn Korfanty hatten den Polen bestimmte Zusicherungen bezüglich Oberschlesiens gemacht, deren glatte Erfüllung nunmehr durch das Abstimmungsresultat verhindert worden war. Unter der Diktator-trolle des französischen Militärs wurde in Oberschlesien ein polnischer Aufbruch organisiert und unter Duldung der Franzosen gegen die deutsche Bevölkerung und selbst gegen die italienischen Sicherheitstruppen durchgeführt, um Oberschlesien mit Gewalt aus dem deutschen Staatsverband zu reißen und dem bankrotteten Polen einzuverleiben. Sogar geschlossene Truppenverbände des polnischen Staates durften unter den Augen der Franzosen und unter deren Beistand gegen die deutsche Bevölkerung einen barbarischen Kriegszug unternehmen. In die Geschichte Oberschlesiens steht mit Blut und Tränen die unermessliche Fülle deutschen Leidens und die Schmach der führenden Kräfte aus dem Ententelager eingeschrieben.

Um Oberschlesien vor dem Ruin, Europa vor einer noch schwereren wirtschaftlichen Zerrüttung und die ober-schlesische Bevölkerung vor weiteren grausamen Opfern zu bewahren, hat die deutsche Regierung Anfang Mai dieses Jahres das Londoner Ultimatum angenommen und sich dabei die ungeheure Last von Hunderten von Milliarden Zahlungsverpflichtungen in Goldmark auferlegt. Dabei hat sie ausgesprochen, daß die notwendige Vorauszahlung für die Möglichkeit größerer dauernder Leistungen und des Wiederaufbaues der Kriegsgebiete von der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland und von der schnellsten Lösung der ober-schlesischen Frage zugunsten Deutschlands abhängig sei. England ließ durch den Mund Lloyd Georges kurze Zeit darauf sein Einverständnis mit dieser deutschen Anschauung aussprechen, das dieser kurz dahin zusammenfaßte, Deutschland gegenüber werde „fair play“, also „ehrliches Spiel“ gespielt werden.

Man hat sich aber nicht gekümmert, wie schon so oft, vor der Welt durch die Tat das Gegenteil dieses Versprechens zu bezeugen. Mit Deutschland, das willig das Londoner Diktat auf sich nahm und das bisher pünktlich seine Verpflichtungen daraus erfüllt hat, ist weiterhin ein ausgesprochen unehrliches Spiel getrieben worden. Die wirtschaftlichen Sanktionen wurden ebensowenig aufgehoben wie die militärischen, ebensowenig, wie die ober-schlesische Frage geregelt wurde.

Die ober-schlesische Frage wurde vom Obersten Rat vielmehr unter offenem Bekenntnis seiner Ohnmacht an den Völkerbund verwiesen.

In Genf ist soeben die Versammlung des im Unrecht des Versailler Vertrages verankerten Rumpfparlaments eines sogenannten Völkerbundes zu Ende geführt worden. Der Berg hat gekreicht, aber er hat wieder nur ein Würstlein geboren. Die ober-schlesische Frage, die den wichtigsten der politischen Verhandlungsgegenstände des Völkerbundes bilden sollte, ist abermals nicht gelöst worden. 30 geschlagene Tage hat man in Genf aneinander vorbeigeredet, und keiner hat gewagt, den Stier bei den Hörnern zu fassen, Gerechtigkeit für Oberschlesien zu erzwingen und den Begriff eines neuen Völkerrechtes von dem Schmutz brutaler Willkür macht-trunkener Sieger gegen ein wehrloses Land und gegen Millionen gepeinigter Menschen zu reinigen.

In Oberschlesien leiden aber immer noch Hunderttausende von deutschen Arbeitern mit ihren Familien. Für sie ist die ganze 30 tägige Völkerbundsrede in Genf eine neue Enttäuschung, eine neue Komödie gewesen. Erwin Barth.

## Die Zukunft der deutschen Eisenbahnen.

Das Ziel der Sozialdemokratie ist die Überführung der dazu reifen Betriebe aus der Hand der Privatkapitalisten in die Verwaltung der Gesellschaft. Die sogenannte Verstaatlichung ist ein Schritt auf dem Wege zu dieser Entwicklung. In Deutschland befindet sich im Gegensatz zu manchen andern

Ländern die Verwaltung der Eisenbahn seit vielen Jahren in der Hand des Staates, früher der Einzelstaaten, nach der Revolution in der Hand des Reiches. Man hat das in Deutschland mit Recht immer als einen Vorteil für das Volk sowohl als auch für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Eisenbahn angesehen. Hätten wie die Verstaatlichung der Eisenbahn nicht, so wären die Folgen unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen gar nicht abzusehen. Sowohl die betriebstechnischen Einrichtungen, die Gestaltung der Eisenbahn-Personen- und Gütertarife als auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Beamten, Arbeiter und Angestellten würden dann nach privatkapitalistischen Gesichtspunkten behandelt werden. Die Schrumpfung der Reisenden und der auf den Güterverkehr angewiesenen Industrie-, Handels- und Landwirtschaftsbetriebe würde dann ins Ungeheure steigen, während die Kämpfe um die Regelung des Dienstes und um die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Eisenbahnbediensteten die heftigsten Formen annehmen würden. Daß das auf die Sicherheit und Regelmäßigkeit des Betriebes der Eisenbahnen den unheilvollsten Einfluß ausüben würde, brauchen wir nicht auszumalen.

Angefaßt dieser Erwägungen verdienen die Bemühungen gewisser Kreise, an deren Spitze der ehemalige preussische Eisenbahnminister v. Brettenbach steht, die Reichseisenbahnen in die Privatwirtschaft, wenn auch unter staatlicher Kontrolle, zu überführen, erhöhte Bedeutung. Die Angelegenheit ist bereits soweit gediehen, daß sie zu einer Besprechung der Eisenbahndirektions-Präsidenten geführt hat. In dieser Besprechung, die in München stattfand, haben sich die Präsidenten sämtlicher deutschen Eisenbahndirektionen gegen die Privatisierung der Eisenbahnen ausgesprochen. Dieses Urteil ist um so bemerkenswerter, als bekanntlich die höheren Beamten der Reichsbetriebe viel niedriger bezahlet werden, als die leitenden Angestellten der Privatunternehmungen in gleicher Stellung. Hätten sie also ihr materielles Interesse zum Maßstab genommen, so hätten sich die Eisenbahndirektionspräsidenten sicherlich gegen die Reichseisenbahn ausgesprochen. Sie tun es nicht und erkannten damit an, daß eine Privatisierung der Eisenbahnen für die Allgemeinheit die schwersten Schäden nach sich ziehen würde.

## Die Nöte des Rheinlandes.

Die wirtschaftlichen Sanktionen sind nun endlich aufgehoben. Das Rheinland darf wieder in ungehinderten Wirtschaftsverkehr mit dem Reich treten. Die Wunden jedoch, die seit Mitte März dieses Jahres der rheinischen Industrie durch die Abrosselung von seinem Hauptab- und Rohstoffgebiet zugefügt worden sind, werden nur langsam vernarben können. Ganz lassen sich die Folgen möglicherweise nicht beseitigen, denn die rheinische Wirtschaft muß abgerissene Verbindungen wieder aufzunehmen versuchen und den während der siebenmonatigen Strangulation verlorenen Teil ihres Absatzmarktes neu zu gewinnen trachten. Die schweren wirtschaftlichen Schäden, die der Arbeiterschaft im besetzten Gebiet aus Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Betriebsstilllegung und Unterernährung infolge von unglücklicher Verteuerung der notwendigen Lebenshaltung zugefügt worden sind, sind kaum wieder gutzumachen.

Aber die militärischen Sanktionen bestehen noch ohne jeden Rechtsgrund fort. Düsseldorf, Duisburg-Ruhrort, mit dem für das rheinisch-westfälische Industriegebiet unentbehrlichen Hafen, dem größten Binnenhafen der Welt, der vor dem Kriege etwa doppelt soviel Gütertonnen Umschlag hatte als der Hamburger Hafen, sind noch fest in den Händen fremder Soldaten. Unter militärischem Schutz arbeitet ein weitverzweigtes Netz der französischen Handels-splionage und spinnet keine Fäden bis ins unbesetzte Industrie-revier hinein. Der Übergang zur offenen Kontrolle und offenen organisierten Registrierung der wirtschaftlichen und technischen Betriebsangelegenheiten durch französische Industrie-offiziere ist erst unlängst durch einen entschiedenen Vorstoß der rheinischen Gewerkschaften verhindert worden.

Noch immer stehen an 150 000 Mann fremder Soldaten im Rheinland, davon allein annähernd 25 000 Mann in Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort. Die Städte müssen Säle und Schulen als Unterkunftsräume hergeben. In Duisburg ist zeitweise annähernd die Hälfte der Schüler ohne Unterricht geblieben. Die Quartierlasten sind unerhört drückend. Nach einer Berechnung aus französischer Quelle soll Deutschland im Jahre 1921 etwa 120 Milliarden Mark für die Besatzungstruppen aufbringen müssen. Das wäre auf den Kopf der Bevölkerung 2000 Mk.; diese Angaben stimmen übrigens mit der Goldmarkberechnung der Reparationskommission überein. Im Interesse des Rechts muß die sofortige Aufhebung der militärischen Sanktionen und im Interesse der Wiedergutmachungsfähigkeit Deutschlands muß der schleunige Abzug des Besatzungsunfugs gefordert werden.

## Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

Zu Beginn des dritten Quartals zeigt der Arbeitsmarkt nach den aus den verschiedenen Teilen Deutschlands vorliegenden Berichten eine weitere erhebliche Besserung. Diese ist zurückzuführen auf den starken Bedarf der Landwirtschaft an jüngeren Arbeitkräften für die Rüben- und Kartoffelernte und teilweise auch zu dauernder Beschäftigung sowie auf die noch kräftig steigende Konjunktur in fast allen Zweigen der deutschen Industrie. Das Export-geld hat einen Umfang angenommen, der heißt an die Zeiten des großen Ausverkaufs im Winter 1918/20 erinnert, gleichzeitig hat aber in ganz Deutschland eine außerordentlich kräftige Belebung der Bau-tätigkeit eingesetzt, die zahlreiche Gewerben zugute kommt. Zeichenend für die jetzige Lage ist die übereinstimmend gemeldete Tatsache, daß fast in allen Branchen der Bedarf an Qualitätsarbeitern nicht mehr gedeckt werden kann. Im einzelnen ist die Lage folgende: Im Bergbau- und Bergbau-gewerbe besteht fortgesetzt harter Bedarf an Arbeitkräften, der jedoch wegen der Schwierigkeit der Unterbringung von Familien in der Umgebung der großen Werke nur allmählich gedeckt werden kann. Im Reichs- und steigender Konjunktur stehen alle Zweige der Maschinen-industrie und Metallbearbeitung. Auch die meisten Werkstätten sind noch aufrechterhalten beschäftigt. Die rege Bau-tätigkeit ist hauptsächlich zurückzuführen auf bedeutende Erweiterungs- und Reu-tanten von Geschäftsstellen und Gebäuden. Auch die Erbauung

von Arbeiterwohnungen in der Industrie und von Kleinwohnungs-durch die aus öffentlichen Mitteln unterstützten Organisations-macht gute Fortschritte. Die Nachfrage nach gelerntem Maurer- und Stuckateuren, Dachdeckern, Bau-schlossern, Zimmerleuten und Malern übersteigt fast in ganz Deutschland das Angebot erheblich. Auch die Kunststoffindustrie ist durchweg gut beschäftigt. Die Hochkonjunktur im Bekleidungs- und Textilgewerbe hält noch unvermindert an. Die chemische Industrie profitiert ebenfalls von der allgemein günstigen Lage. Im Holzgewerbe macht sich ein weitere Verminderung der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit bemerkbar. Besondere Erwägung verdient die Steigerung des Verkehrs an den großen Hafensplätzen. Das Ueberangebot an Schiffs-personal ist soweit zusammengekrumpft, daß schon jetzt die Landesarbeiten-ämter des Binnenlandes ersucht werden, diejenigen Matrosen-Vorkleute, Krüger usw., welche früher zur See gefahren haben, zur Werbung bei den Arbeitsnachweiser der Hafensplätze zu veran-lassen. Die Fließschiffahrt hat allerdings unter dem zu niedrigen Wasserstand zu leiden und mußte verschiedentlich ganz eingestellt werden. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ist die Beschäftigung größtenteils befriedigend. Weniger günstig ist die Lage noch immer in der Lederindustrie und bei den Porzellanfabriken, die mit der Herstellung von Luxuswaren besetzt sind. Die all-gemeine Besserung der Arbeitsmarktlage kommt natürlich auch den Fabrik-arbeitern und ungelerten Arbeitkräften zugute. Die Stellen-lage im Handelsgewerbe ist noch immer recht erheblich. Stärkere Nachfrage besteht nur nach perfekten Stenotypistinnen und branchen-fremden Verkäuferinnen. Der Arbeitsmarkt für weibliches Hand-werkspersonal, insbesondere für Adhinnen, liegt recht günstig. Im Gastwirtschaftsgewerbe hat sich mit der Beendigung der Saison die gewohnte Abwanderung aus den Seebädern und Sommer-siedeln nach den Städten ohne große Schwierigkeiten vollzogen, jedoch mit Beginn der Winter-saison auch hier Hoffnung auf glatte Unterbringung der noch vorhandenen Arbeitslosen ist.

## Schutzoll in England.

Am 1. Oktober ist Großbritannien zum Schutzollsystem über-gegangen. Nach langem Hin und Her und nach schwierigen parla-mentarischen Kämpfen kam das Zollgesetz zustande und ist nunmehr in Kraft getreten. Für die zukünftige Entwicklung der Wirt-schaftspolitik ist diese Maßnahme von ungeheurer Bedeutung. England war bekanntlich bis zum Weltkriege die Hochburg des Frei-handels. Es war das einzige große Wirtschaftsgebiet, das seit der Freihandelsära, seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts überhaupt keinerlei, weder industrielle, noch agrarische Schutzölle kannte. Mächtige Interessen und starke Traditionen stützten ge-meinsam das System des Freihandels. Die Textilindustrie Lan-cashires, als typisches Exportgewerbe, wie die Kaufleute und Bankiers der Londoner City standen geschlossen dafür ein. Und in der öffentlichen Meinung wurzelte fest die Ueberzeugung, daß die nationale Industrie beim Freihandel am besten gedeiht, weil dieser den Arbeitern billiges Brot, der Industrie billigen Rohstoff sichert und so die Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt am besten wahrt.

Mit dem Weltkrieg wurde naturgemäß auch in Großbritannien eine straffe Reglementierung der Ein- und Ausfuhr durchgeführt, doch war dies zunächst nicht als prinzipielle Abkehr vom Frei-handel aufgefaßt, sondern als eine vorübergehende Kriegsmäß-nahme. Man hatte aber während des Krieges Industrie hochge-züchtet, ohne Rücksicht auf die künftigen Konkurrenzverhältnisse am Weltmarkt, und es drang dann — trotz vieler Widerstände — die Arbeiterzeugung durch, daß die neu ausgenommenen Fabrikations-zweige gegen den fremden Wettbewerb geschützt werden müssen.

Nun ist der Übergang zum Schutzollsystem bereits vollzogen. Als vollgeschützte Waren sind die Produkte der „Schlüsselindustrien“ bezeichnet. Sie sind mit einem Einfuhrzoll von 33 1/2 Prozent des Wertes belegt. Der Begriff der Schlüsselindustrie ist schwankend. Es werden im allgemeinen jene Betriebe dazugezählt, welche hoch-qualifizierte Produkte herstellen, die zur Durchführung des länder-losen Produktionsprogrammes der modernen Großindustrie un-entbehrlich sind, z. B. Qualitätsstahl, optische Instrumente, gewisse Farben und chemische Erzeugnisse. Der Begriff ist natürlich recht beschärfbar, und das liegt im Sinne der Schöpfer des Gesetzes. Es entscheidet nämlich der Präsident des Handelsamtes (d. i. nach unferen Begriffen der Handelsminister), welche Artikel unter das Schutzollgesetz fallen. Mit einigem Wohlwollen läßt sich für die meisten Industriezweige der Nachweis erbringen, daß sie auch Schlüsselindustrien sind und die Unternehmerorganisationen werden es an Geschäft nicht fehlen lassen, dem Handelsamt die erforderlichen Beweise zu liefern. Nach englischen Presseberichten werden bereits 3000 Artikel auf der Schutzollliste geführt.

Die Bedeutung des Schutzollgesetzes ist damit aber keineswegs erschöpft. Es enthält noch einen Zusatz gegen die Einfuhr aus britischschwedischen Ländern. Das Handelsamt wird ermächtigt, in allen Fällen (also nicht nur, wenn es sich um Produkte von Schlüsselindustrien handelt) eine Sonderabgabe zu erheben, wo das Ausland zu hohen Lieferkosten unter den Produktionskosten der englischen Industrie stehen. Damit ist die Bedeutung des englischen Schutzollgesetzes speziell für Deutschland und damit auch für die deutsche Arbeiterschaft gekennzeichnet.

Die Begründung des Schutzollgesetzes kann für die Entwicklung des britischen Weltreiches von entscheidender Bedeutung sein. Es war seit Jahrzehnten eine Lieblingsidee der englischen Imperialisten, durch eine gemeinsame Zolllinie die weit auseinanderliegenden Teile des Reiches enger aneinander zu ketten. Dieses weltpolitische Programm schritterte zum Teil an dem Widerstand der englischen Freihandelskreise. Mit Übergang zum Schutzoll wurde ein schweres Hindernis — freilich nicht das einzige Hindernis — dieser Bestrebungen aus dem Wege geräumt.

Die Not lehrt sparen. Der polnische Ministerrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, das Demobilisationsamt auf-zulösen und 12 Automobile, die von den pol-nischen Behörden in Danzig benutzt werden, zu kassieren, sowie die diplomatische Vertretung in Wien von 77 Personen und zwei Automobile zu verringern. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Delegation des Finanz-ministeriums in Wien aufzuheben.

Die Verpachtung von Betrieben in Sowjetrußland. Im Moskauer Gouvernement waren bis Mitte September d. J. 18 Pacht-verträge abgeschlossen und der Abschluß weiterer 31 stand bevor. Die große Mehrzahl der Betriebe wird auf zwei und drei Jahre verpachtet. Ein Teil bedarf gewisser Reparaturen, bevor die Pro-dukteinträge beginnen kann, während 23 in Betrieb befindliche Fabriken von den Pächtern übernommen wurden. Der Pachtzins beträgt 6 bis 15 Prozent der Produktion, entsprechend der Belieferung der Be-triebe mit Rohstoffen durch den Staat. Im Charkower Gouver-nement sind insgesamt 10 größere und 53 kleinere Betriebe ver-pachtet worden, vorwiegend an Genossenschaften und an priva-ten Wirtschaftskräften.

## Danziger Nachrichten.

### Arbeitslosigkeit auf dem Lande.

Man schreibt uns:

Vor dem Gericht kommen häufig Diebstähle zur Verhandlung, bei denen die Täter auf dem Lande wohnen und als arbeitslos angegeben, daß sie arbeitslos und deshalb in Not waren. Das ereignet sich nicht nur im Winter, sondern auch im Sommer. So ereignete sich am 28. September in der Gemarkung von Marienort, wie unlängst mitgeteilt wurde. Wir haben also die Arbeitslosigkeit auf dem Lande im Sommer noch nicht erlebt. Und dennoch hört man im Gespräch und in der Gerichtsverhandlung immer wieder die abgestandene Redensart, daß jeder, der arbeiten wolle, auch Arbeit finde. Und man kann jemand nachweisen, daß er in der Stadt keine Arbeit finden kann, so wird gesagt, man solle aufs Land gehen, dort findet man jederzeit Arbeit, denn dort fehle es sehr an Arbeitskräften. Vor Gericht konnte kürzlich ein städtischer Arbeiter antworten, daß er aufs Land gegangen sei und hier Arbeit gefunden habe, aber vergeblich. Er habe Fahrten ausgegeben und mußte dennoch arbeitslos nach Danzig zurückkehren.

Wir stehen nun einmal vor der Tatsache, daß in Danzig etwa 10 000 Arbeitslose sind, die seit Monaten und Jahren der Öffentlichkeit und den Senat anschauen, ihnen doch zu arbeiten, gegen Lohn zu arbeiten. Der Senat und die Öffentlichkeit bleiben hart und suchen ihr Gewissen durch die Verweigerung zu beschwichtigen, daß die Arbeitslosen nicht arbeiten können.

Uns fehlen die Erzeugnisse der ländlichen Arbeit. Sie werden durch Arbeit zu beschaffen, aber den Arbeitslosen ist diese Arbeit nicht erlaubt. Wir sehen es in Ohrschneidfeld, daß sich eine Familie auf 4 preußischen Morgen Land ernähren kann, wenn hier die landwirthschaftliche Gartenkultur betrieben wird. Die Bevölkerung des ganzen Freistaats würde nicht ausreichen, wenn die ganze Bodenfläche in dieser Weise bearbeitet werden sollte. Aber unsere Wirtschaftsordnung findet es vorteilhafter, diesen vernünftigen Weg nicht einzuschlagen, sondern in Unvernunft die Menschen der Arbeitslosigkeit zu zwingen. Wir haben 6000 Wohnhäuser, die nach ausreichender Wohnung schreien. Sie werden zu Gefekesübertretungen, nur um sich ein Unterkommen in einer Wohnung zu verschaffen. Die Arbeitslosen brennen darauf, diesen Wohnungslosen das fehlende Unterkommen zu erbauen, aber unsere Wirtschaftsordnung hindert sie mit aller Gewalt und Lücke daran, diese Arbeit zu leisten. Der Boden steht nicht denen zur Verfügung, die ihn bearbeiten würden. Das Geldkapital erstickt fast in seiner Menge, aber es entzieht sich den Stellen, die es dringend brauchen, um nützliche Arbeit zu schaffen und den Arbeitslosen lohnende Arbeit zu gewähren.

Der Senat und die bürgerliche Volkstagsmehrheit sehen die Arbeitslosigkeit als ein Problem an, das durch eine wirtschaftliche „Ordnung“ betrachtet werden sollte. Sie wagen es gar nicht, diese Wirtschaftsordnung zu hinterfragen, wie sinnlos und unmenschlich diese Wirtschaftsordnung ist und wie man diese Ordnung in eine bessere umwandeln könnte. Ihnen fehlt der Mut, bei diesem Fortschritt etwa zu einer ganz anderen volkswirtschaftlichen Ueberzeugung zu gelangen. Manche sind auch zu bequem, etwa umzulernen, und andere wieder glauben, daß sie bei einer Veränderung vielleicht ein wenig Schaden erleiden könnten. Und doch gäbe es eine Wirtschaftsordnung, bei der nicht nur das Elend beseitigt wäre, sondern die allen nützlich und würdevoll die ehrliche Arbeit zu leisten bereit sind. Der

Sozialismus ist ein Forschungsgebiet, in dem die Bürgerlichen bisher leider wie blind und taub umhertappten, wenn man es überhaupt wagte, sich in sozialistische Vorurteile zu begeben. Wenn die Bürgerlichen sich nicht zu vorurteilsloser Forschung emporrufen können, werden sie ewig unfähig bleiben, die Zustände zu bessern.

**Deutschnationale Bettelbriefe.** Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband ringt schwer um seine Existenz. Er hat das Vertrauen der Handlungsgehilfen verloren. Trotzdem diese Gewerkschaft mit Vorliebe Unternehmergebeurteilt, scheinen die Finanzen dringend der Verbesserung zu bedürfen. Deshalb mutet man den unterstützenden Mitgliedern — auch eine sonderbare Einrichtung einer Angestelltenorganisation — zu, gegen einmalige Zahlung von 1500 Mk. die lebenslängliche Mitgliedschaft zu erwerben. Man ist auch mit drei Ratenzahlungen à 500 Mk. zufrieden und legt dem Bettelbrief gleich eine Zahlkarte bei. Bei manchen Unternehmern wird der Hilfsruf nicht ungehört verhallen, denn man weiß die Rolle des getreuen Fridolin wohl zu würdigen. Den Handlungsgehilfen sei aber gesagt, daß solche Methoden mit einer Gewerkschaft unvereinbar sind.

**Eidesstattliche Erklärung vor der Handelskammer.** Es wird darauf hingewiesen, daß der Handelskammer als beherrschendem Organ im Ein- und Ausfuhrverkehr die Befugnis zur Entgegennahme eidesstattlicher Versicherungen für die diesem Verkehr dienenden amtlichen Bescheinigungen zugesprochen ist und durch den Vorstehenden des Staatsrates seinerzeit im Verwaltungswege rechtskräftig bestätigt wurde. Das betreffende Urteil des Schöffengerichts Danzig ist nicht rechtskräftig, da gegen dieses Urteil Berufung eingelegt worden ist. Die Firmen werden ausdrücklich verwarnet, eidesstattliche Erklärungen nicht oder fahrlässig falsch abzugeben bzw. dagegen zu verstoßen.

**Stadttheater Danzig.** Frau Irene Frieß teilte heute telegraphisch mit, daß sie gelegentlich eines Gastspiels in Hannover erkrankt ist und daher das hiesige Gastspiel am Sonnabend in Frage gestellt ist. Der Vorverkauf für diese Vorstellung wird daher ausnahmsweise erst am Freitag, vormittags 10 Uhr beginnen, wenn festgestellt, ob bestimmt mit dem Eintreffen von Frau Frieß zu rechnen ist.

**20 000 Mk. im Zuge liegen gelassen.** Ein Geldbriefbeutel mit 20 000 Mk., davon 10 500 Mk. Papiergeld und 9 500 Mk. fünfzigpfennigstücke, ist am Montag, den 26. September von einem Postkassierer in einem Abteil 4. Klasse des 3.40 Uhr nachmittags von Böhren nach Danzig abgehenden Zuges verheerlich zurückgelassen worden. Inzwischen ist festgestellt, daß ein mitreisender Mann beim Aussteigen in Danzig den auf dem Gepäckbreit lagernden Beutel unter dem Vorgeben, ihn dem Postbeamten nachbringen zu wollen, an sich genommen hat. Der Beutel, für dessen Wert der Beamte aufzukommen hat, ist bis jetzt nicht abgeliefert. Die Oberpostdirektion hat auf die Wiederherbeischaffung des Geldes eine Belohnung von 1000 Mk. ausgesetzt. Jemand, der den Vorgang beobachtet haben, oder wer sonst sachdienliche Angaben machen kann, wollen sich bei der Kriminalpolizei Zimmer 35 melden.

**Ungehaltene Diebstahl.** Am 8. 10. 21 wurde in Neufahrwasser von der Schutzpolizei ein Wagen angehalten, der 1/2 Zentner Weizen, 2 Zentner Reis und circa 100 leere Säckchen enthält, die der Firma Aker gestohlen waren. Die Diebe und Geher sind ermittelt. — Am 8. 10. 21 wurde durch Beamte der Schutzpolizei eine Rille Lee im Werte von 2850 Mk., die von einem Wagen in der Judengasse gestohlen war, bei einem Restaurateur beschlagnahmt.

**Mißglückter Schmalzdiebstahl.** Am 7. Oktober nachmittags wurden aus der Mollerei Ballinal, Parbaragasse 7, mittels Nachschlüssels 20 Kisten Schmalz im Werte von 18 000 Mk. gestohlen. Beamte der Schutzpolizei wurden auf den Wagen aufmerksam und beschlagnahmten den Inhalt. Die Ware wurde dem rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben.

## Lohnbewegung der Bauarbeiter.

In der am Montag im Werkzeughaus tagenden außerordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes wurde Stellung zur Lohnforderung genommen. Genosse Brill referierte darüber und führt unter anderem folgendes aus: Nach den tariflichen Bestimmungen haben die Parteien das Recht, wenn wesentliche Änderungen in den Kosten für den Lebensunterhalt eintreten, in Zwischenräumen von drei bis vier Monaten eine Neubestimmung der Löhne und Zuschläge zu vereinbaren. Die letzte Vereinbarung ist am 26. Juli getroffen, so daß diese am 28. Oktober ihr Ende erreicht. Seit dem 28. Juli hat sich die Lage geändert. Durch die von der Mehrheit des Volkstages beschlossene Preiserhöhung stiegen einerseits den Bauarbeitern sehr viele Millionen in die Taschen, während sie andererseits eine schwere Gefährdung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft zur Folge hat. Durch die Preise für Milch und Kartoffeln rapide im Preise gestiegen. Dadurch daß diese Hauptbedarfsartikel im Preise gestiegen sind, steigen naturgemäß alle weiteren unentbehrlichen Lebensmittel und Bedarfsartikel und vermehren die Gefahren für die Existenz der Arbeiter in ungeheurem Maße. Ebenso ist die Arbeiterschaft mit einer unerhörten Steuerlast belegt worden. Wir haben gegen diese schändliche Verteuerung vergeblich gekämpft und uns gegen die Herabdrückung der Lebenshaltung mit aller Kraft zur Wehr gesetzt. Leider hat der Bürgerblock, dem Demokraten und Zentrum angehören, unserer warnenden Stimme kein Gehör geschenkt. Diese Verteuerungen drücken den Kralohn der Arbeiterschaft weiter herab. Um eine weitere Verarmung der Volksmassen durch weitere Preissteigerungen in Zukunft zu verhindern, muß eine Änderung in der Wirtschaftspolitik eintreten und zwar muß die Gemeinwirtschaft eingeführt werden. Dagegen wehren sich die Kapitalisten, das sieht man am besten an dem Kampf, den die Danziger Bauarbeiter gegen die zu gründende Bauhütte führen. Sie sehen sich in ihrer Profitgier bedroht und merken, daß durch die Bauhütte ihre Ringbildung verhindert wird, mit der sie die Volksgemeinschaft ausbeuten und ihr das Fell über die Ohren ziehen wollen. Aber die Rot verbietet, daß die Vergewandung von Material und Kräften fortgesetzt wird; sie fordert, daß die auf Gewinn zielende Wirtschaft auf die Bedarfswirtschaft umgestellt wird. Weitere Verteuerungen sind eingetreten und werden eintreten durch das Sinken unserer Mark.

Der Senat hat unter dem 8. August eine Erklärung abgegeben, nach der die privaten Unternehmer zugelassen haben sollen, die Verteuerung durch eine Lohnherabsetzung auszugleichen. Die Danziger Bauunternehmer sind diesem, ihrem Vorgesprochen, nicht nachgegeben. In sie haben durch Rundschreiben vom 20. September ihrer Mitglieder verboten, höhere Löhne als den Tariflohn zu zahlen, trotzdem sie die sonstigen Vorteile aus den Steuergewinnen ziehen. Um und ein Gegengewicht zu schaffen, zieht man Maurer aus Pommern heran. Der Arbeitgeberverband und auch der Senat treten, wenn sie glauben, die Maurer aus Pommern werden hier in Danzig als Lohnrücker wirken. Diese gehörten bis zur Abtrennung zu unserer Organisation und gehören jetzt der in Pommern bestehenden freien Gewerkschaft an. Die Kollegen sind gewerkschaftlich erzogen und denken solidarisch. Sie werden sofort Danzig verlassen, sobald sie merken, daß sie dazu mißbraucht werden sollen, uns in unserer Lebenslage zu schädigen. Der Arbeitgeberverband glaubt durch die Polizei, die dem Deutschen Arbeiterverband angeschlossen sind, sich eine Schutztruppe zu schaffen. Auch damit irrt er. Denn die Mehrheit der Polizei wird sich nicht von Unternehmern zu Handlangerdiensten verleiten lassen. Die Mehrheit der Polizei hält sich nicht für den Vertrauensmann der Unternehmer, sondern für solidarisch denkende Mitarbeiter. Und wir werden dafür sorgen, daß das verräterische Treiben der Führer erkannt wird und der Geist, den die Polizei in unserer Organisation erhalten haben, gehoben und gepflegt wird. Mag der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes noch zehnmal soviel Agitation für den Polizeibund treiben.

Um einen zahlenmäßigen Nachweis über die Lebenshaltungskosten zu führen, haben wir den unsern Kollegen und auch der Öffentlichkeit bekannten von uns herausgegebenen Speisezettel zur Grundvorlage genommen und bei Berechnung die vom Danziger Statistischen Amt aufgestellten Preise im Kleinverkauf für den Monat

## Hans und Heinz Kirch.

Erzählung von Theodor Storm.

(Fortsetzung.)

Als Heinz das sechste Jahr erreicht hatte, nahm ihn der Vater zum ersten Mal mit sich auf die Fahrt, als „Spielvogel“, wie er sagte; die Mutter sah ihnen mit besorgten Augen nach; der Anabe aber freute sich über sein blaues Köpfchen und lief jubelnd über das weiche Brett an Bord; er freute sich, schon jetzt ein Schiffer zu werden wie sein Vater, und nahm sich um Nicken vor, recht tüchtig mitzuhelfen. Frühmorgens waren sie ausgelassen; nun beschien sie die Mittagssonne auf der blauen See, über die ein lauer Sommerwind das Schiff nur langsam vorwärtstrieb. Nach dem Essen, bevor der Kapitän zur Mittagruhe in die Kajüte ging, wurde Heinz dem Schiffjungen anvertraut, der mit dem Speichen zerfressener Laue auf dem Deck beschäftigt war; auch der Anabe erhielt ein paar Launden, die er eifrig miteinander zu verpflichten strebte.

Nach einer Stunde etwa stieg Hans Kirch wieder aus seiner Kajüte und rief, noch halb im Traum: „Heinz! Komm her, Heinz; wir wollen Kasse trinken!“ Aber weder der Anabe selbst, noch eine Antwort kam auf diesen Ruf; statt dessen Klang drüben vom Bugspriet der der Gesang einer Kinderstimme. Hans Kirch wurde blaß wie der Tod; denn dort, fast auf der äußersten Spitze, hatte er seinen Heinz erblickt. Auf der Ueberte, behaglich an das matt geschwollene Segel lehrend, sah der Anabe, als ob er hier von seiner Arbeit ruhe. Als er seinen Vater gewahrte, nickte er ihm freundlich zu; dann hing er unbewußt weiter, während am Bug das Wasser rauschte; seine großen Kinderaugen leuchteten, sein schwarzbraunes Haar glänzte in der sanften Weile.

Hans Kirch aber stand unbeweglich, gelähmt von der Mitleidigkeit der Angst; nur er wachte, wie leicht bei der schwachen Aufstimmung des Segel flattern und vor seinen Augen das Kind in die Tiefe absinken konnte. Er wollte rufen; aber noch zwischen den Zähnen klickte er den Ruf; Kinder, wie Nachtvögel, muß man ja gehören lassen; dann wieder wollte er das Boot aussetzen und nach dem Bug des Schiffes rudern; aber auch das verwarf er. Da kam von dem Anaben selbst die Entschuldig; das Singen hatte er satt.

er wollte jetzt zu seinem Vater und dem seine Laue zeigen. Beschämt, entlang dem unteren Rande des Segels, das nach wie vor sich ihm zur Seite blähte, nahm er seinen Rückweg; eine Wunde schrie hoch oben in der Luft; er sah empor und nickte dann ruhig weiter. Mit stockendem Atem stand Hans Kirch noch immer neben der Kajüte, seine Augen folgten jeder Bewegung seines Kindes, als ob er es mit seinen Blicken halten müsse. Da plötzlich, bei einer kaum merklichen Wendung des Schiffes, fuhr er mit dem Kopf herum: „Backbord!“ schrie er nach der Steuerseite; „Backbord!“ als ob es ihm die Brust zer Sprengen solle. Und der Mann am Steuer folgte mit leisem Druck der Hand, und die eingesunkene Leinwand des Segels füllte sich aus neue.

Im selben Augenblicke war der Anabe fröhlich auf Verded gesprungen; nun lief er mit ausgebreiteten Armen auf den Vater zu. Die Zähne des gefahrten Mannes schlugen noch aneinander: „Heinz, Heinz, das tust Du mir nicht weh!“ Krampfhaft preßte er den Anaben an sich; aber schon begann die überstandene Angst dem Heinz gegen ihren Urheber Platz zu machen. „Daß ich Du mir nicht weh!“ Noch einmal sagte er es; aber ein dumpfes Grollen klang jetzt in seiner Stimme; seine Hand hob sich, als wolle er sie auf den Anaben fallen lassen, der erstaunt und furchtlos zu ihm aufblickte.

Es sollte für diesmal nicht dahin kommen; der Herr des Kapitäns sprang auf den Schiffjungen über, der eben in seiner lässigen Weise an ihnen vorüberstreichen wollte; aber mit entsetzten Augen mußte der kleine Heinz es ansehen, wie sein Freund Jürgen, er mußte nicht wehthalb, von seinem Vater auf das grauamte geschüttelt wurde.

Als im nächsten Frühjahr Hans Kirch seinen Heinz wieder einmal mit auf Schiff nehmen wollte, hatte dieser sich verstockt und mußte, als er endlich aufgefunden wurde, mit Gewalt an Bord gebracht werden; auch sah er diesmal nicht mehr irgend unterm Klüversegel; er fürchtete seinen Vater und tropte ihm doch zugleich. Die Zärtlichkeit des Lehrers kam gleichermaßen immer seltener zutage, je mehr der eigene Wille in dem Anaben wuchs; glaubte er doch selber nur den Erben seiner aufstrebenden Pläne in dem Sohn zu lieben.

Als Heinz das zwölfte Jahr erreicht hatte, wurde ihm noch eine Schwester geboren, was der Vater als ein Ereignis aufnahm, das eben nicht zu ändern sei. Heinz war zu einem wilden Jungen aufgeschossen; aber in der Rektorschule hatte er nur noch wenige über

sich. „Der hat Gaben!“ meinte der junge Lehrer, „der könnte hier einmal die Kasse zieren.“ Aber Hans Kirch lachte: „Karriert, Herr Rektor! Uns Geld ist es nicht; aber man sieht doch gleich, daß Sie hier nicht zu Hause sind.“

Gleichwohl ging er noch an demselben Tage zu seinem Nachbarn, dem Pastoren, dessen Garten sich vor dem Hause bis zur Straße hin aus erstreckte. Der Pastor empfing den Eintretenden etwas stramm: „Herr Kirch,“ sagte er, bevor noch dieser das Wort zu nehmen vermochte, „Ihr Junge, der Heinz, hat mir schon wieder einmal die Scheiben in meinem Stallgiebel eingeworfen!“

„Hat er das,“ erwiderte Hans Kirch, „so muß ich sie einsehen lassen, und Heinz bekommt den Stock; denn das Spielwerk ist zu teuer.“

Dann, während der andere zustimmend nickte, begann er mit dem, was ihn hergeführt, herauszurücken; der Pastor sollte seinen Heinz in die Privatstunden aufsuchen, welche er zur Verbesserung seines etwas schwachen Ehrentitels einigen Kostgängern und Söhnen der Honoratioren zu erteilen pflegte. Als dieser sich nach einigen Fragen bereit erklärte, machte Hans Kirch noch einen Versuch, das Stundengeld herabzudrücken; da aber der Pastor nicht darauf zu hören schien, so wiederholte er ihn nicht; denn Heinz sollte mehr lernen, als jetzt noch in der Rektorschule für ihn zu haben war.

Am Abend dieses Tages erhielt Heinz die angelobte Strafe und am Nachmittag des folgenden, als er zwischen den anderen Schülern oben in des Pastors Studierzimmer sah, von Wohlehrerorden noch einen scharfgezeichneten Text dazu. Kaum aber war nach glücklich verfloßener Stunde die unruhige Schar die Treppe hinab und in den Garten hinausgestürzt, als der erlöste Mann von dorten unter seinem Fenster ein lautes Wehgeschrei vernahm. „Ich will dich klüver lehren!“ rief eine wütende Anabenstimme, und wiederum erscholl das klägliche Geschrei. Als aber der Pastor sein Fenster öffnete, sah er unten nur seinen farbblonden Kostgänger, der ihm am Morgen seines Missetat verraten hatte, jetzt in eifriger Beschäftigung mit seinem Schmutzstück das Blut von Mund und Nase abzutrocknen. Daß er selbst an jenem Spielwerk mitgeholfen hatte, fand er freilich sich nicht veranlaßt zu verraten; aber ebensowenig verriet er jezt, wer ihm den blutigen Verräter auf den Weg gegeben hatte.

(Fortsetzung folgt.)





# Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.  
 Mittwoch, den 12. Oktober, abends 7 Uhr:  
 Dauerkarten C 1.  
**Potash und Perlmutter**  
 Romödie in 3 Akten von M. Clay und C. Klein.  
 Ins Deutsche übertragen von Rudolf Kommer.  
 Spielleitung: Heinz Brede, Inspektion: Emil Werner.  
 Personen wie bekannt. Ende gegen 9<sup>1/2</sup> Uhr.  
 Donnerstag, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 1. „Das Nachtlager von Granada.“ Romantische Oper.  
 Sierauf: Langbildner.  
 Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 1. „2 mal 2 = 5.“ Satirspiel.  
 Sonnabend, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2. Erhöhte Preise. Einmaliges Gastspiel Irene Triesch. Ne. einstudiert: „Nora.“ Schauspiel in 3 Akten von Henrik Ibsen. (Nora: Irene Triesch als Gast).  
 Sonntag, vormittags 11 Uhr: Vierte (literarische) Morgenfeier: Irene Triesch „Bibel“, „Goethe“.  
 Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Neu einstudiert: „Die Adnigskinder.“ Musikmärchen in 3 Bildern.

**Grosse Saison**

Zur Großen Saison neue artistische Leitung und neue, große Arrangements

**KK**

**Brett'l**  
Große Allee

Ein Programm für ein  
Premieren-Publikum!

Beginn 8 Uhr!

u. a. **Fred Dreßler**  
der geistvolle Humorist als Gast vom „Schwarzen Kater“, Berlin

**Adami-Quartett**

„Curt Adami, der als akademischer Künstler auch ausgelassene und leichte Musik zu adeln versteht“

**Volkfürsorge**  
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft  
- Sterbekasse. - Kein Policenverkauf.  
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.  
Zukunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der  
Rechnungsstelle 16 Danzig  
Bruno Schmidt,  
Rattenbuden 35.

**Nähmaschinen**  
reparaturen rasch u. billig.  
**Bernstein u. Comp.**  
Sanggasse 50. 15126

**Schneider**  
auch mit Konfektionsarbeit  
vertraut in eigener Werk-  
statt 107. gef. Kettnerhagen-  
gasse 9, Baden. Meldung  
Donnerstag 9-1 Uhr.

**Linden-Restaurant und Café**  
Altstadt, Graben 93, gegenüber der Markthalle  
Telephon 2908

Täglich ab 6 Uhr:  
**erstklassiges  
Künstler-Konzert**  
der Kapelle Moschkowitj  
mit vielseitigen Solo-Einlagen

**Motto:**  
Wir gehen zum Restaurant der Linden,  
Weil wir dort unsere Freunde finden.  
Der Wirt hat jeden Gast im Magen,  
Wenn er erscheint ohne Krage.  
Man sitzt dort froh und heiter,  
Wer drin ist, geht nie weiter.  
„Der Alkohol hat viele Feinde“;  
Aber in der Bibel steht's geschrieben:  
Du sollst auch deine Feinde lieben. —  
Stimmung, Küche, Keller sind la,  
Denn Onkel Gustav ist auch noch da.

**Wilhelm-Theater**  
verleiht mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Norwans

Heute, Mittwoch, den 12. Oktober,  
abends 7<sup>1/2</sup> Uhr  
Kasseneröffnung 6 Uhr.

**„Die Prinzessin vom Nil“**  
Operette in 3 Akten von Viktor Holländer.  
Donnerstag: Geschlossen.  
Freitag, den 14. Oktober,  
„Die Prinzessin vom Nil“  
Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymana, Kohlenmarkt,  
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr  
an der Theaterkasse. 15245

**„Libelle“**  
Täglich: Musik, Gesang, Tanz

**Senator**



der neueste delikate Likör  
der seinem Namen alle Ehre macht,  
der Likörfabrik Zum Palmenbaum  
**Bernhard Müller**  
Danzig, Pfefferstadt 19-21. Begründet 1839

**BORG**



FÜR  
QUALITÄTS RAUCHER  
Die berühmte  
**STAMBUL**  
mit  
KORK and GOLD

**Wohltätigkeits-Vorstellung**  
zur Errichtung einer Lungenheilstätte  
in Jenkau. 15224

**Wilhelm-Theater**  
Sonnabend, den 15. Oktober 1921, 7 Uhr abends:  
**„Die Fledermaus“**  
Operette in 3 Akten von Johann Strauss.  
Dargestellt von Danziger Damen u. Herren.  
Leitung: Dr. med. Burow.  
Eintrittskarten zu 20, 15, 10, 5, 2, 5 M bei: Warenhaus  
Freymana, Hermann Lau, Langgasse, W. F. Buraw, Langgasse.

**Schützenhaus**  
großer Saal

**Dreitägiges Gastspiel**  
Dr. Paul Czinner und Dora Schlüter  
in  
**„Der Sektkübel“**  
(Cocain) 15221  
Sensationelle Grotteske von Dr. Paul Czinner;  
am 17., 19. u. 21. Oktober cr.  
Vorverkauf: Deumahaus, Langgasse.

**MODERNE KUNST-LICHTSPIELE**  
LANGFUHR  
AM MARKT

2 auserlesene Großfilme die  
niemand versäumen dürfte.

**„Eine Welt ohne Liebe“**  
Seltener prächtiger Gesellschaftsfilm mit  
**Esther Carena**  
Ludwig Martau Ernst Hofmann  
Charles Willy Kayser Eduard v. Winterstein

**Frauenhass**  
Die Tragödie einer schönen Frau mit der  
entzückenden, eleganten Polin  
**Manja Tzatschewa**  
Ein Luxusfilm mit ergreifender,  
wuchtiger Handlung. 5322  
**Trickfilm-Einlage.**  
Ein Programm, das zu den besten der Saison zählt.

**Apolic**  
III. Damm 3. 15129  
Spielplan v. 12. bis 14. Oktober 1921

**Nur 3 Tage!**

**Der Mann ohne Namen**  
Sensation-Abenteuerer-Fortsetzungsfilm in 6 Teilen nach  
dem Roman „Peter Voll, der Millionendieb.“  
**IV. Teil: Die goldene Flut**  
5 äußerst spannende Akte. Hauptdarsteller:  
Harry Liedtke. Mady Christian.

**Vally, die Frauenrechtlerin!**  
Lustspiel in 2 Akten.

**Lichtbild-Theater**  
Langenmarkt Nr. 2

Der amerikanische Großfilm  
**„Zwischen  
zwei Welten“**  
oder  
**Das Geheimnis von  
San Franzisko**  
ist ein  
durchschlagender Erfolg!  
Nur noch bis Donnerstag!

Genossen, Leser und  
Gesinnungsfreunde

Geschäfte,  
die nicht in  
Eurer Zeitung infor-  
mieren, verzichten auf  
Eure Kundenschaft! Be-  
rücksichtigt daher bei  
Euren Einkäufen  
nur die  
Interenten der  
„Danziger Volksstimme“.

Konsum- und Spargenossenschaft für  
Danzig und Umgegend G. B. m. b. H.

**General-  
Versammlung**  
am Donnerstag, den 20. Oktober, abends  
6 Uhr, bei Schmidtke, Schiffsangasse Nr. 6.

Tagesordnung:  
1. Geschäftsbericht u. Entlastung d. Vorstands.  
2. Genehmigung der Bilanz f. d. Jahr 1920/21.  
3. Beschlussfassung über die Verteilung des  
Reingewinns.  
4. Festsetzung der Entschädigung für den  
Aufsichtsrat.  
5. Ersatzwahl für 3 Aufsichtsratsmitglieder.  
6. Verschiedenes.

Der Zutritt ist nur solchen Mitgliedern ge-  
stattet, die sich als Mitglieder der Genossenschaft  
ausweisen können.  
5227) Der Aufsichtsrat: J. A.: Lehmann.

**Klub-Garnituren, Klubsessel,  
Sofas, Chaiselongues,  
Auflegematratzen**  
sehr preiswert. Polsterwerkstatt  
**H. Will, Husarengasse 9.**  
Reparaturen billigst.

**Robert Ehmann**  
Altstädtischer Graben 3  
neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.

**Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Weißwaren**  
Anteriquon eben Herrngarderobe nach Maß

Spezialabteilung für  
**Damen-Kostüme und -Mäntel**  
Herren-, Knaben- und Kinder-Konfektion  
Berufskleidung. (4780)

Meire Werkstatt befindet sich  
**Goldschmiedegasse 29**  
bel Herrn Oilmski

**Kurt Rasch**  
Juwelier u. Goldschmiedemeister

**Kleine Anzeigen**  
in unserer Zeitung sind  
billig und erfolgreich.